

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Am vergangenen Sonntag wurden die drei letzten deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet, allen Bedenken, insbesondere aus der Wirtschaft, zum Trotz. In der einst atomskeptischen Bevölkerung hat sich der Wind längst gedreht. Bei einer repräsentativen Umfrage sprachen sich zwei Drittel der Befragten gegen die Abschaltung der KKW aus. Aber während man in den Nachbarländern Frankreich und Polen neue KKW plant, in Großbritannien zwei neue Reaktoren im Bau sind und in Finnland – unter dem Applaus der dortigen Grünen - gerade ein neues KKW ans Netz ging, tanzten bei uns Grüne und Anti-Atom-Initiativen vor Freude über das KKW-Aus vor dem Brandenburger Tor und den stillgelegten Meilern.

Ein Sieg der Ideologie über die Vernunft mit schweren Nebenwirkungen für die Umwelt. Statt CO₂-freiem Strom aus Kernenergie gibt es jetzt dreckigen Strom aus Kohlekraftwerken. Das Klima lässt grüßen. Die Ampelkoalition verweist beschwichtigend auf die Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Das erinnert ein wenig an einen Satz von Wolf Biermann bei seinem

Auftritt in der Kölner Arena im November 1976: „Ein Plan ist immer gut, weil man dann genau weiß, was man nicht einhält.“

In Berlin werden wir uns bald wieder mit dem Thema Cum/Ex-Steuerbetrug befassen. Es geht um die Rolle von Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Zeit als Erster Bürgermeister von Hamburg und anderen SPD-Größen der Hansestadt im Zusammenhang mit fragwürdigen Steuererstattungen an eine namhafte Hamburger Bank. Scholz beteuerte mehrfach, er habe Cum/Ex-Geschäfte immer für illegal gehalten. Die Hamburger Finanzverwaltung handelte aber in seiner Amtszeit ganz anders. Und der enge Gesprächsdraht von Scholz zur Spitze des Bankhauses wirft dabei weiter viele Fragen auf.

Weil Scholz von Transparenz in eigener Sache bislang nicht viel hält, haben CDU und CSU einen neuen Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht. Wie wenig Aufklärungsinteresse auch die Hamburger SPD hat, konnte ich in der vergangenen Woche als Zeuge im dortigen Untersuchungsausschuss erleben.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Besseres Mobilfunknetz in der Bahn



Unterbrochene Telefonate, ruckelnde Streams und schlechter Empfang: Der Mobilfunkempfang in den Zügen der Deutschen Bahn AG ist für die Fahrgäste ein wachsendes Ärgernis. Und weil die Ampel sich für das Problem ganz offensichtlich nicht interessiert, haben CDU und CSU in dieser Woche eine Initiative zur Verbesserung der Situation gestartet. Sie fordern einen Zeitplan für die langfristige Um- und Ausrüstung der Züge mit mobilfunkdurchlässigen Scheiben und eine Ertüchtigung der Funksignalverstärker in den Zügen. Die Initiative enthält auch die Forderung nach einem Gigabit-Netzwerk in allen Zügen, um zuverlässig die heutigen Bandbreitenbedürfnisse abzubilden. Eine Referenzstrecke für das Gigabit-Netzwerk im Zug soll nach den Vorstellungen der Unionsfraktion bereits zur Fußball-EM 2024 in Betrieb gehen.



Sebastian Brehm:

„Mobiles Arbeiten in der Bahn ist oft massiv eingeschränkt beziehungsweise unmöglich - ebenso wie

die Nutzung von digitalen Unterhaltungsangeboten. Dies schmälert die Attraktivität des Reisens mit der Bahn erheblich.

Dabei sind die Gründe für die mangelhafte Mobilfunkversorgung im Zug hinreichend bekannt; sie müssten nur konsequent angegangen werden.“

Lebensmittelvernichtung begrenzen



Rund elf Millionen Tonnen Lebensmittel werden in Deutschland Jahr für Jahr weggeworfen. Vieles davon wäre noch essbar. CDU und CSU haben jetzt im Bundestag einen Vorstoß unternommen, um die sinnlose Vernichtung von Lebensmitteln zu stoppen.

So soll etwa das Mindesthaltbarkeitsdatum reformiert werden, damit Verbraucher dieses Datum nicht als starres Wegwerfdatum verstehen, sondern Lebensmittel achtsam behandeln, die oft noch länger genießbar sein können. Auch Aufklärung ist nötig. Denn das Mindesthaltbarkeitsdatum ist lediglich der Tag, bis zu dem die Hersteller die Genussfähigkeit der Lebensmittel garantieren.

Mit ihrer Initiative wollen CDU und CSU die Bundesregierung aber auch verpflichten, die Arbeit der Tafeln für Bedürftige stärker zu unterstützen.

Sebastian Brehm: „Lebensmittel sind wertvoll. Sie dürfen nicht achtlos weggeworfen werden. Die Verschwendung gerade von frisch erzeugten Lebensmitteln ist auch eine Respektlosigkeit gegenüber den Landwirten, die wie bei uns im Knoblauchsland jeden Tag dafür sorgen, dass die Verbraucher qualitativ hochwertige Lebensmittel wie Obst und Gemüse in den Läden vorfinden.“

Wärmewende-Chaos der Ampel geht in die nächste Runde



Der wochenlange Streit in der Ampel um die Heizungsmodernisierungen schien seit der Mammut-Klausur Ende März beigelegt zu sein. Doch trotz angeblichem Kompromiss hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck seine alte Linie knallhart durchgezogen.

Es bleibt trotz aller Warnungen aus der Praxis dabei, dass ab Jahresbeginn 2024 die Zeit der herkömmlichen Erdgas- und Öl-Heizungen zu Ende geht. Neue Heizungen müssen danach mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Sonst drohen Bußgelder bis zu 50.000 Euro. Ab 2044 dürfen dann endgültig keine fossilen Brennstoffe mehr verfeuert werden.

Faktisch wird mit dem Gesetzentwurf der Einbau von Wärmepumpen vorgeschrieben. Echte Technologieoffenheit in der Wärmewende besteht nur auf dem Papier. So dürfen zwar Heizungen eingebaut werden, die auf 100 Prozent Wasserstoff umgerüstet werden können. Doch die damit verbundenen Bedingungen sind praktisch unerfüllbar. Und die Grünen machen bereits deutlich, dass private Haushalte nach ihren Vorstellungen auch gar keinen Zugang zu Wasserstoff erhalten sollen. Wasserstoff soll der Industrie vorbehalten bleiben.

Ausgenommen von der Austauschpflicht sollen zunächst einmal über 80-jährige Eigentümer bleiben und Bürger, die Sozialleistungen wie Wohngeld, Bürgergeld oder Kinderzuschlag beziehen. Die Frage ist allerdings, wie lange rein fossile Heizungsanlagen überhaupt noch produziert werden können.

Auf Hauseigentümer kommen absehbar in jedem Fall erhebliche Kosten zu. Nicht nur, dass die neuen Anlagen erheblich teurer als reine fossile Heizkessel sind. Bei älteren Bauten reicht eine neue Heizung allein nicht aus. Hier kommen noch die Kosten für eine energetische Sanierung des Hauses hinzu. Für Mieter bedeutet dies am Ende einen ordentlichen Mietaufschlag durch die Modernisierungsumlage. Betroffen sind absehbar Millionen von Häusern und Wohnungen. Denn rund 75 Prozent der Wohnungen in Deutschland werden mit Wärme aus Erdgas oder Öl geheizt. Die Ampel will die neuen Heizanlagen aus dem sogenannten Klimatransformationsfonds fördern. So soll der Austausch alter Anlagen mit einheitlich 30 Prozent gefördert werden. Eigentümer, die nicht unter die Austauschpflicht für defekte Heizungen fallen, sollen zusätzlich einen sogenannten Klimabonus von 20 Prozent

erhalten. Ein zusätzlicher Bonus von 10 Prozent ist vorgesehen, wer beim Austausch die gesetzlichen Vorschriften übererfüllt.



Sebastian Brehm: „Eines ist klar, wie man es auch dreht und wendet: Mit dem neuen Gesetz macht die Ampel Bauen und Wohnen teurer. Die

versprochene Förderung wird daran nur wenig ändern. Sie droht ein neues Bürokratiemonster erster Güte zu werden. Am Ende könnte sie sich für viele gar als leeres Versprechen entpuppen. Bei der Vorstellung der Pläne verhedderte sich der Wirtschaftsminister selbst im eigenen Fördergerüst. Das lässt nichts Gutes erwarten.

Wasserstoff wird als Option zwar ins Fenster gestellt, aber durch Hürden für die Nutzung von grünen Gasen durch die Hintertür faktisch wieder einkassiert. Biomasse wird im Neubau sogar komplett ausgeschlossen und ansonsten mit vielen Auflagen belegt. Technologieoffenheit und Wahlfreiheit werden so zur Farce.

Wir brauchen nicht Ideologie, sondern Vernunft und einen klaren Blick für die tatsächlichen Möglichkeiten. Dass die FDP gleichzeitig zustimmt und Änderungen fordert, ist ein Beleg für anhaltendes Chaos in der Ampel. Das Ampelgezerre scheint von vorn loszugehen. Die

Unsicherheit und Verunsicherung für Bürgerinnen und Bürger geht weiter.“

Schüler auf Demokratieerkundung in Berlin



Politische Bildung beginnt schon in der Schule. Deshalb freue ich mich, dass in dieser Woche Schüler aus den 10. Klassen des Nürnberger Willstätter Gymnasiums zu Gast im Bundestag waren. Im Anschluss an eine Führung durch den Bundestag gab es noch eine interessante Gesprächsrunde. Dabei ging es vor allem um Themen wie den Ausbau von Klimaschutz und Bildung. Der Meinungsaustausch mit der Schülerinnen und Schüler ist mir wichtig. Und ebenso wichtig ist es, dass Schüler frühzeitig erfahren, wie Demokratie funktioniert, wie Bürger Einfluss auf die Gestaltung der Politik nehmen können.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.